

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

### Aus der Landesregierung

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hatten eine arbeitsintensive Plenarwoche, in deren Mittelpunkt der zweite Nachtragshaushalt 2022 und die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs für 2023 standen. Gerade die Finanz- und Haushaltspolitik sind die sogenannten "Königsdisziplinen" in der politischen Debatte.

Dies gilt umso mehr angesichts der gegenwärtigen Vielzahl von Krisen, die wir meistern müssen. Hier sind die Regierungen im besonderen Maße gefordert. Der Staat muss verlässlicher Stabilitätsanker sein und durch antizyklische Investitionen die Nachfrage fördern. Nur so können die Herausforderungen bewältigt werden. Die Wirtschaftsstruktur von NRW ist durch viele, energieintensive Grundstoffindustrien geprägt. Insofern ist unser Land besonders stark von den massiven Preissteigerungen bei Gas und Strom betroffen. Die CDU-geführte Landesregierung hat deshalb den Weg freigemacht für ein Sondervermögen "Krisenbewältigung."

Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk erklärte dazu wörtlich: "Dieser Notsituation kann nur mit sofort und umfassend wirkenden Investitions- und Hilfsprogrammen begegnet werden, um Rezession und Energiekrise zu bekämpfen, die Realwirtschaft zu stabilisieren und langfristige und bleibende volkswirtschaftliche und soziale Schäden zu vermeiden." Am 20. Dezember wird die dritte Lesung zum Haushalt 2023 sein, auf dessen Grundlage unser Land weiterentwickelt werden kann. Als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hauptausschuss habe ich zum Haushalt der Staatskanzlei gesprochen und unsere Positionen deutlich gemacht und vertreten. In Zeiten, wie wir sie gerade erleben, sind nicht alle Wünsche erfüllbar. Prioritäten müssen gesetzt werden und das Allgemeinwohl steht im Mittelpunkt, um gestärkt die Zukunft gestalten zu können. Davon lassen wir uns leiten. Auch in privaten Haushalten muss das Interesse der ganzen Familie im Vordergrund stehen sowie solide gewirtschaftet werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnacht der Zuversicht und ein gesundes, glückliches und erfülltes Jahr 2023.

Herzliche Grüße

Ihr Daniel Hagemeier MdL

### Erste Fachtagung Antisemitismus für kommunale Vertreter in Münster

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Regierungspräsident von Münster Andreas Bothe richten die erste Fachtagung Antisemitismus speziell für kommunale Vertreter im Regierungsbezirk Münster aus. Bei der Fachtagung Antisemitismus steht neben dem fachlichen Input besonders die Vernetzung und der Austausch zu Best-Practice Beispielen im Vordergrund.

Beim Kampf gegen Antisemitismus sind sowohl die gesamte Zivilgesellschaft wie auch alle politischen Ebenen gefordert. Kommunen sind und bleiben vor Ort die erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger. Sie sind die "Herzkammer" der Exekutive und mit ihren Gremien auch der örtlichen Legislative. Das Wissen über und die Arbeit gegen Antisemitismus sind daher für die kommunale Ebene unerlässlich. Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben sich dem Thema Antisemitismus angenommen. In den Bereich der Kommunalverwaltung fallen die Zuständigkeiten unter anderem für Schule, Kultur und Sport. Gerade dies sind entscheidende Bereiche für die Antisemitismusprävention.

Die Bezirksregierung Münster leistet seit Jahren eine hervorragende Arbeit in der Antisemitismusprävention. Die Fachtagung ist in Deutschland das erste Format in dieser Besetzung, mit dem Ziel dies auf alle Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen auszuweiten.





# Daniel Hagemeier NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

### Aus der Landesregierung

### Digitale Fortbildungsoffensive wird verlängert

Die im Frühjahr 2022 gestartete Digitale Fortbildungsoffensive für Schulleitungen und Lehrkräfte wird für
ein weiteres halbes Jahr bis 30. Juni 2023 fortgesetzt.
Damit stehen Schulleitungen und Lehrkräften die Angebote zur Unterstützung bei der digitalen Transformation weiterhin zur Verfügung. Darüber hinaus wird
den Schulen ein zusätzliches Fortbildungsbudget sowie ein zusätzlicher Pädagogischer Tag zur Verfügung gestellt.

Durch die Fortsetzung der Maßnahmen auch im zweiten Schulhalbjahr haben die Schulen in Nordrhein-Westfalen nun mehr Zeit, das umfängliche Angebot zu nutzen und es in ihre schulischen Entwicklungsprozesse zu integrieren.

Zusätzlich können registrierte Schulleitungen und Lehrkräfte ab sofort auch auf eine umfangreiche E-Book-Bibliothek zugreifen. Die Auswahl der Fachbeiträge und Ratgeber für Schulleitungen ist inhaltlich auf das Online-Kursangebot der Schulleitungsmaßnahme abgestimmt und unterstützt daher die Weiterarbeit an der Schule. Registrierte Lehrkräfte erhalten mit der für sie bereitstehenden E-Book-Bibliothek zusätzliche Unterstützung bei der Nutzung digitaler Medien im Unterrichtsalltag.

Auch über die Maßnahmen der Digitalen Fortbildungsoffensive hinaus sollen die Schulen in ihrer weiteren Entwicklung unterstützt werden: Alle öffentlichen Schulen und genehmigten Ersatzschulen des Landes erhalten eine Fortbildungsbudget-Sonderzuweisung in Höhe von jeweils 1.000 Euro (Berufskollegs einschließlich der Berufskollegs als Förderschule erhalten eine Fortbildungsbudget-Sonderzuweisung in Höhe von jeweils 2.000 Euro), die für das Lehren und Lernen in der digitalen Welt einzusetzen ist. Insgesamt stehen hierfür Mittel in Höhe von rund 5,8 Millionen Euro zur Verfügung.

In Verbindung mit der Nutzung des Sonderbudgets sind die Schulen aufgefordert, einen Pädagogischen Tag zu planen. Dieser soll im Nachgang zur Digitalen Fortbildungsoffensive durchgeführt werden und für eine Standortbestimmung des Kollegiums bezüglich des Lehrens und Lernens in der digitalen Welt genutzt werden. Mit den Ergebnissen sollen die eingeleiteten Entwicklungen auf diesem wichtigen pädagogischen Feld beurteilt und fortgesetzt werden. Alternativ kann das Sonderbudget für gezielte Maßnahmen an diesem zusätzlichen Pädagogischen Tag verwendet werden.

### Hilfe bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Mittel für Kältehilfen mehr als verdoppelt

Ab sofort können die über 100 freien Träger und Initiativen der Wohnungslosenhilfe in Nordrhein-Westfalen finanzielle Unterstützung erhalten. Im Rahmen der Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit "Endlich ein ZUHAUSE!" stellt die Landesregierung in diesem Winter insgesamt 850.000 Euro zur Verfügung. Damit wurden die Mittel für die Kältehilfen im Vergleich zu den 400.000 Euro Kältehilfen des letzten Winters mehr als verdoppelt. Es stehen wieder 60.000 Euro für den besonderen Kälteschutz von Mädchen und jungen Frauen zur Verfügung.

Nicht über einen Schutzraum und Rückzugsort zu verfügen ist eine der bedrückendsten
Formen von Armut – gerade wenn es draußen kalt ist. Im Winter kann dies schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben – bis
hin zum Tod. Deswegen ist es wichtig, Menschen ohne Wohnung und Obdach im Winter
verstärkt im Blick zu haben und ihnen in bewährter Weise schnell und unkompliziert zu
helfen. Sie sind im Winter auf das Engagement der Initiativen vor Ort angewiesen.

Mit den Mitteln aus der Kältehilfe können die Träger und Initiativen beispielsweise Schlafsäcke, Decken und Isomatten zum Schutz vor Kälte beschaffen sowie Desinfektionsund Hygienemittel oder haltbare Lebensmittel an wohnungslose- und obdachlose Menschen verteilen. Darüber hinaus ist es möglich, dass das Land zur Sicherstellung von warmen Übernachtungsmöglichkeiten beispielsweise größere beheizte Zelte und die Anmietung von Wärmehallen finanziert. Um dem besonderen Schutzbedürfnis von obdachlosen Mädchen und jungen Frauen nachzukommen, wird ein Teil dieser Materialien und Schlafsäcke ausschließlich für sie bereitgestellt.







### Daniel Hagemeier NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

### Aus der Landesregierung

#### **Ehrenamtspreis NRW 2022**

Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen, hat am internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember im Rahmen der Verleihung des Engagementprei-NRW 2022 in Düsseldorf das Projekt "Fachgeschäft für Stadtwandel" der Initiative für Nachhaltigkeit e.V., des Runden

Tisches Holsterhausen und des Standpunkt e.V. aus Essen mit dem Jurypreis ausgezeichnet.

Mit dem Engagementpreis NRW will die Landesregierung in Kooperation mit der Nordrhein-Westfalen -Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger würdigen. Der Wettbewerb stand in diesem Jahr unter dem Motto "Für Engagement begeistern". Insgesamt wurden bei der Preisverleihung drei Projekte ausgezeichnet.

In dem mit dem Jurypreis ausgezeichneten Projekt "Fachgeschäft für Stadtwandel" der Initiative für Nachhaltigkeit e.V., des Runden Tisches Holsterhausen und des Standpunkt e.V. aus Essen engagieren sich rund 70 Menschen, die mit ihren nachhaltigen Ideen, Nachbarschaftsprojekten und ihrem Einsatz für Multikulturalität neue Impulse für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft schaffen möchten. Der Sonderpreis der Nordrhein-Westfalen-Stiftung wurde von Stiftungspräsident Staatsminister a.D. Eckhard Uhlenberg an das Projekt "Biotoppunktvernetzung", Hünxe summt e.V. aus Hünxe verliehen. Die 40 Engagierten von "Hünxe summt" setzen sich gemeinsam mit vielen Helfern und Kooperationspartnern für die Schaffung und den Erhalt sogenannter "Biotoppunkte" in Hünxe ein. Ziel ist es, den vielseitigen Naturraum zu bewahren und gemeindeeigene Flächen, aber auch Flächen von Industrieunternehmen oder Privatleuten insekten-

Schutznetz für Versorgernetz:

NRW stellt Hilfen für Stadtwerke bereit. Das ist ein wichtiger Schritt für die Versorgungssicherheit im Winter. Denn ein Großteil der Grundversorgung, ist Strom und Wärme wird von den Stadtwerken übernommen. Insgesamt 5 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, falls ein Versorger aufgrund explodierender Preise in Not gerät. Damit sorgen wir dafür, dass im Winter die Energieversorgung sicher ist.



und naturfreundlich zu gestalten. Diese Flächen werden über das Gemeindegebiet hinweg als Biotoppunkte miteinander sowie mit umliegenden Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen vernetzt. Dadurch entstehen vielfältige miteinander verbundene Lebens-, Futter- und Rückzugsräume für die heimische Insekten- und Tierwelt.

Der Publikumspreis wurde von David J. Becher, dem Vorsitzenden im Vorstand des Fördervereins Utopiastadt e. V. aus Wuppertal, an das Projekt "Selbstverständlich? Nein, Ehrensache! Wann bist du dabei?" des Deutschen Roten Kreuzes Ortsverein Ense e.V. aus Ense (Kreis Soest) überreicht. Das Deutsche Rote Kreuz Ense möchte mittels einer in Eigenregie umgesetzten Plakatkampagne das Ehrenamt stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen und neue Mitglieder für einen Einsatz im Katastrophenschutz, im sozialen Bereich, bei der Blutspende oder im Jugendrotkreuz gewinnen. Die authentischen Plakate zeigen Engagierte aus dem Ort, die Spaß an ihrer freiwilligen Tätigkeit haben. Die flankierende Kampagne im Web und den sozialen Medien soll zeigen, dass jede und jeder willkommen ist.

Die Preise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Insgesamt 219 Projekte hatten sich darum beworben. Die drei Preisträger sind damit automatisch auch für den Deutschen Engagementpreis 2023 nominiert, der im Dezember 2023 in Berlin verliehen wird. Informationen zu den Preisträgern und den weiteren Projekten finden Sie auf dem Engagementportal www.engagiert-in-nrw.de .



NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

#### Aus dem Plenum

#### Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens "Krisenbewältigung" eingebracht

Die Landesregierung hat am 7. Dezember 2022 die Entwürfe zum zweiten Nachtragshaushalt 2022 und zum NRW-Krisenbewältigungsgesetz in den Landtag eingebracht. Damit wird das parlamentarische Beratungsverfahren für die Bereitstellung eines Sondervermögens von bis zu 5 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine in Gang gesetzt. Dies ist notwendig, da viele Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen mehr und mehr unter den mittelbaren Folgen, insbesondere den stark gestiegenen Energiepreisen und der hohen Inflation, leiden und ein deutlicher Einbruch der Wirtschaftsleistung erkennbar wird. Im Zusammenhang mit diesen beiden Gesetzentwürfen ist zudem geplant, nicht nur für das Jahr 2022, sondern auch für das Jahr 2023 das Bestehen einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne des Haushaltsverfassungsrechts durch den Landtag feststellen zu lassen.

Die Errichtung eines Sondervermögens ist erforderlich geworden, nachdem sich in den letzten Wochen immer deutlicher abgezeichnet hat, dass die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine Nordrhein-Westfalen härter treffen als andere Länder. Dies liegt vor allem daran, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaftsstruktur durch viele Grundstoffindustrien geprägt ist, die besonders energieintensiv sind. Hierzu gehören insbesondere die Metallverarbeitende und die Chemische Industrie, die aufgrund der hohen Energiekosten, die nicht unmittelbar und vollständig an die Endabnehmer weitergereicht werden können, erheblich unter Druck geraten sind, Verluste einfahren oder gar ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen mussten. Das Ende der russischen Gaslieferungen und die zuletzt massiven Preissteigerungen bei Gas und Strom stellen vor diesem Hintergrund eine erhebliche, zunehmend existenzbedrohende Belastung für Bevölkerung, Institutionen, öffentliche Stellen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen dar.

Die skizzierte Ausgangslage beruht mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der russischen Reaktion der Einschränkung von Gaslieferungen auf äußeren Einflüssen, die sich der staatlichen Kontrolle des Landes entziehen. Dies führt insbesondere in Nordrhein-Westfalen zu einer Beeinträchtigung für Bürger und Unternehmen sowie der Wirtschaftsabläufe in einem nun absehbaren extremen Ausmaß. Mit der Errichtung des Sondervermögens "Krisenbewältigung" reagiert die Landesregierung besonnen und entschlossen auf die zugespitzte Situation. Es ist wichtig, dass die Politik gerade in Krisenzeiten für Klarheit und Sicherheit sorgt. Hierauf müssen sich die Menschen im Land verlassen können. Das Ziel unserer Landesregierung ist es, durch Investitions- und Hilfsprogramme die nordrhein-westfälische Volkswirtschaft zu stabilisieren und die Krisensituation für Menschen und Unternehmen abzupuffern.

### Antrag von CDU und Grünen: Fachkräfteoffensive im MINT Bereich

Mit 68 Hochschulen, über 4.700 Studien-

gängen und großem Engagement in Lehre,

Forschung und Transfer ist Nordrhein-Westfalen der Hochschulstandort Nummer 1 in Deutschland. Diese große und vielfältige Hochschullandschaft bietet beste Chancen für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und trägt so in großem Maße dazu bei, exzellente Fachkräfte auszubilden, auf die das Land dringend angewiesen ist. Ein akuter Mangel an Fachkräften herrscht insbesondere in Berufen, für die MINT-Kenntnisse benötigt werden, also Kenntnisse in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik Es ist notwendig, die Herausforderungen der Fachkräftegewinnung aus unterschiedlichen Perspektiven heraus anzugehen. Bereits während der Kita- und Schulzeit ist eine frühe und geschlechtersensible Heranführung an verschiedene Berufs-, Wissens- und Erfahrungsbereiche wichtig. Im Schulalltag sind eine gute Berufs- und Studienorientierung sowie erste Erfahrungen durch Praktika von großer Bedeutung, um jungen Menschen verschiedene Bildungs- und Berufszweige aufzuzeigen. "ArbeiterKind.de" und das Talentscouting-Programm mit Hochschulen unterstützen Schülerinnen und Schüler dabei, ihren Weg ins Studium unabhängig von ihrem Elternhaus zu finden. Viele bieten Vorkurse insbesondere in MINT-Fächern an, um frühzeitig einen Zugang und fehlendes (Schul-) Wissen zu vermitteln oder aufzufrischen. Diese Angebote sind wichtig, um die Abbruchquoten im Studium möglichst verringern, die in den MINT-Studiengängen überdurchschnittlich hoch sind. Auf diesen Maßnahmen bauen Hochschulen auf, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftskoalition von CDU und Grünen einen Plenarantrag beschlossen, der die Landesregierung unter anderem dazu auffordert zu prüfen, wie Maßnahmen in Kitas und Schulen zur Stärkung der MINT-Bildung technischsowie des digitalen Verständnisses weiterentwickelt werden können, um das Interesse von jungen Menschen an einer beruflichen oder akademischen Ausbildung im MINT-Bereich zu steigern.



NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

#### Aus dem Plenum

#### Haushaltsdebatte 2023 im Plenum

Im Rahmen der Haushaltsdebatte 2023 hatte Daniel Hagemeier MdL zum Entwurf des Einzelplans 02 für die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen gesprochen. Die Staatskanzlei koordiniert die Arbeit der Landesregierung. Außerdem ist sie für wichtige gesamtgesellschaftliche Themen zuständig. Dazu gehört die Förderung von Demokratie, politischer Bildung, bürgerschaftlichem Engagement und der Kampf gegen Extremismus. Dem Chef der Staatskanzlei Minister Nathanael Liminski, sprach er seinen dank aus, dass das Land trotz aller Krisen auch in Zukunft für verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen sorgt, damit diese wichtige Arbeit fortgesetzt und ausgebaut werden kann.



Daniel Hagemeier MdL neben dem Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski



Der Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales traf sich gemeinsam mit Minister Karl-Josef Laumann zur Haushaltsklausurtagung



Daniel Hagemeier im Plenum während seiner Rede zum Entwurf des Einzelplans 02



NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

#### Aus dem Wahlkeis

## Schüler aus dem Projekt "Keep on" zu Besuch im Landtag



Politik erlebt man am besten live und vor Ort. Daher freute sich Daniel Hagemeier besonders, Schülerinnen und Schüler der Ge-

samtschule Ennigerloh-Neubeckum gemeinsam mit Ratsvertretern aus Ennigerloh aus seinem Wahlkreis im Landtag begrüßen zu können.

Das Besondere: Die Schülerinnen und Schüler sind Teilnehmende des Projekts "Keep on – Kommunalpolitik für Schüler". Ziel des Projekts ist es junge Menschen für Politik zu begeistern und zum Mitmachen zu motivieren. Neben einem Blick hinter die Kulissen des Landtags stand natürlich auch die politische Diskussion auf der Tagesordnung. Dabei ging es u. a. um den politischen Ablauf in Düsseldorf und im Wahlkreis aber auch um viele persönliche Fragen, wie z. B. wieviel ein Politiker verdient und wieviel Zeit noch für Hobbys bleibt.

### Gute Nachrichten aus dem Gesundheitsministerium NRW!



Das St. Rochus-Hospital in Telgte wird mit 18.593 Euro aus dem Krankenhauszukunftsfond von Land und Bund gefördert!

### Neueröffnung Kita in Lette

In der zweiten Novemberhälfte ist der Neubau der Kindertagesstätte St. Vitus Lette mit einem Empfang und sich anschließendem Familienfest eingeweiht worden. Daniel Hagemeier MdL nahm an diesem Empfang teil. Fünf Gruppenbisher waren es drei - werden künftig im Kindergarten betreut.

Erst kürzlich konnte Daniel Hagemeier mit Verkehrsminister Oliver Krischer die aktuelle Verkehrssituation bezüglich der fehlenden Querungshilfe erörtern. Er brachte positive Signale mit aus Düsseldorf. Weitere Gespräche folgen jetzt zwischen der Stadtverwaltung Oelde und Straßen NRW.

Foto: Niko Ringhoff, Bürgermeisterin Karin Rodeheger, Kita-Leiterin Susanne Libor, Daniel Hagemeier MdL, Pfarrer André Pollmann





**NRW Fraktion** 

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

### Aus dem Wahlkreis

Besuchergruppe aus Sassenberg im Landtag

Zum Anfang der Plenarwoche besuchte der CDU Stadtverband Sassenberg Daniel Hagemeier in Düsseldorf. Nach der Führung durch den Landtag und der Teilnahme an der Plenarsitzung gab es während der Diskussion mit dem Abgeordneten viele interessierte Fragen der Teilnehmer zur Landes- und Bundespolitik. Im Anschluss besuchte die Gruppe unter Leitung des Stadtverbandsvorsitzenden Werner Berheide bei schönem Wetter den Weihnachtsmarkt in Düsseldorf!



#### Zu Besuch im Von-Galen-Haus in Oelde

"Es besteht dringender Handlungsbedarf zur Sicherstellung der Pflege", weiß Birgit Herfort. Pflegenotstand sei längst mehr als nur ein Schlagwort, sagt die Einrichtungsleiterin des von-Galen-Hauses. "Es herrscht akuter Personalmangel in Pflegesituationen, die Pandemie hat die Personalsituation zusätzlich verschärft, Menschen können nicht immer ausreichend versorgt werden, da der Pflegeschlüssel viel zu knapp bemessen ist. "Aktuell fehlten bundesweit rund 200.000 Pflegekräfte, bis 2030 werden es 500.000 sein, wenn sich der aktuelle Trend fortsetze, machte Herfort zusammen mit Pflegedienstleiterin Hildegard Reinert und zahlreichen weiteren Mitarbeitenden im Gespräch mit dem heimischen Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier deutlich. "Wir steuern auf eine Katastrophe in der Pflege zu", ist Herfort überzeugt und fordert von der Politik Schritte zur Attraktivierung des Pflegeberufs, beispielsweise durch verbindliche Dienstpläne, mehr Personal in den Schichten, regelmäßige freie Wochenenden und nicht zuletzt auch bessere Bezahlung. "Es ist bereits fünf nach zwölf." Kritisch sehen die Mitarbeitenden des von-Galen-Hauses auch die hohe zeitliche Belastung, die tagtäglich für die Dokumentation anfalle und fordern Vereinfachungen. Zudem warb Timo Reckmann stellvertretend für die Wohnbereichsleitung darum, bei politischen Überlegungen nicht nur das Augenmerk auf Neueinsteiger in Pflegeberufen zu legen, sondern auch die Mitarbeitenden nicht zu vergessen, die bereits in der Pflege arbeiteten.



Die wertvollen Hinweise aus der Praxis wolle er gerne mit nach Düsseldorf nehmen, versicherte Daniel Hagemeier beim Gespräch im von-Galen-Haus: "Es ist Ziel der Landesregierung, die pflegerische und gesundheitliche Versorgung sicherzustellen, auch wenn die Herausforderungen immens sind." Erste Erfolge könne man verzeichnen, hätten doch 2021 über 17.400 Menschen in NRW eine Ausbildung in der Pflege begonnen – so viele wie nie zuvor. In der laufenden Legislaturperiode wolle man beispielsweise die Anwerbung ausländischer Fachkräfte durch ein einmaliges Begrüßungsgeld in Höhe von 3.000 Euro verstärken, Wiedereinstiegsmodelle fördern, um ausgebildeten Pflegefachkräften mit landesgeförderten

Auffrischkursen, Wiedereingliederungsmodellen oder einer Wiedereinstiegsprämie die Berufsrückkehr zu erleichtern und die Flexibilisierung der Angebote im Rahmen der Kurzzeit- und Tagespflege noch weiter ausbauen.

Gerne sei er zudem bereit, eine Delegation mit Mitarbeitenden aus allen Oelder Pflegeeinrichtungen in Düsseldorf zu begrüßen und einen direkten Austausch mit dem Gesundheitsministerium zu ermöglichen, versicherte Daniel Hagemeier.